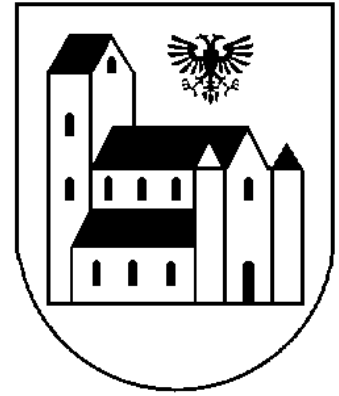


# Resolution der Großen Kreisstadt Leutkirch im Allgäu gegen die in der Region vorgesehene Gasförderung über das Hydraulic Fracturing („Fracking“)



Der Gemeinderat der Großen Kreisstadt Leutkirch im Allgäu spricht sich in aller Deutlichkeit gegen die bereits genehmigten Aufsuchungen und gegen mögliche zukünftige Probebohrungen, Erschließungen und Förderungen unkonventioneller Gasvorkommen („Fracking“) aus. Gemeinsam mit vielen Fachleuten hat die Stadt Leutkirch grundsätzliche Bedenken gegen diese überaus risikoreiche Art der Gasgewinnung und möchte sie insbesondere für ihr eigenes Stadtgebiet mit allen Teilorten sowie für die gesamte Region Bodensee-Oberschwaben grundsätzlich ausschließen.

Beim Fracking-Verfahren wird dichtes Speichergestein mit hohem hydraulischem Druck von Wasser unter Zusatz von Sand und zahlreichen chemischen Verbindungen, die zum Teil hochgiftig sind, aufgebrochen. Die dadurch entstehende bessere Wegsamkeit im Gestein macht die Förderung von Gas oder Öl möglich. Weil das Fracking nur eine begrenzte Fernwirkung hat, sind bei der Förderung zahlreiche Bohrungen notwendig.

Der Gemeinderat der Stadt Leutkirch im Allgäu befürchtet schwerwiegende Beeinträchtigungen des Grund- und Trinkwassers insbesondere durch die giftigen chemischen Zusatzstoffe (Additive), von denen einige im dringenden Verdacht stehen, kanzerogen zu wirken. Ein großer Teil des giftigen Frackwassers kommt mit dem Gas oder Öl wieder an die Oberfläche und muss als gefährlicher Sonderabfall entsorgt werden. Im Einzugsgebiet des Bodensees und der Donau und in einer vielfältig landwirtschaftlich genutzten Region müssen diese Gefährdungen als besonders schwerwiegend angesehen werden. Im Bereich der Stadt Leutkirch gibt es in der Leutkircher Heide eines der größten Grundwasservorkommen in ganz Baden-Württemberg.

Die Mehrheit aller bisher vorliegenden Studien und Untersuchungen kommt zum Ergebnis, dass Fracking ein sehr hohes Risiko darstellt: Unfälle an Bohrplätzen und beim Transport der Stoffe, undichte oder undicht werdende Bohrungen sowie durch Klüfte des Gesteins aufsteigende Giftstoffe gefährden das Grund- und Trinkwasser. Die anfallende Frackflüssigkeit bildet bei der Entsorgung und Lagerung eine weitere Gefahr für Boden und Wasser. Durch die Vervielfachung der Bohrungen vervielfacht sich auch die Wahrscheinlichkeit von Zwischenfällen.

Eine ganze Reihe von Städten und Gemeinden in Baden-Württemberg hat sich bereits gegen Fracking ausgesprochen. Gemeinsam mit ihnen fordert die Stadt Leutkirch im Allgäu den Bund auf, das total veraltete Bergrecht umgehend zu ändern und auch das Wasserrecht der neuen Gefahrenlage anzupassen. Den betroffenen Bürgern, Gemeinden und Landkreisen sind umfassende Informations- und Beteiligungsrechte einzuräumen. Das Fracking-Verfahren selbst sollte bundesweit und ausnahmslos verboten werden.

Sollte es dazu nicht kommen, erwarten wir, dass die Stadt Leutkirch bei allen Genehmigungsverfahren für diese umstrittene Erdgasförderung als Träger öffentlicher Belange maßgeblich beteiligt wird.

Die Stadt Leutkirch im Allgäu fordert die Landesregierung Baden-Württemberg auf

- das Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau anzuweisen, das bei der Erdgasförderung umstrittene Fracking-Verfahren bis auf Weiteres, sowohl in Bezug auf Erlaubnis zur Aufsuchung von Erdgaslagerstätten, als auch deren Förderungsbewilligung zur Erschließung unkonventioneller Gasvorkommen, auszusetzen und entsprechende Anträge im Hinblick auf das öffentliche Interesse abzulehnen.
- sich bei der Bundesregierung und im Bundesrat durch eine Bundesratsinitiative für eine umgehende Änderung des veralteten Bergrechts dahingehend auszusetzen, dass künftig bei allen bergrechtlichen Verfahren zum Fracking beginnend bereits vor der Aufsuchungserlaubnis, neben einer Beteiligung der Gemeinden, Wasserbehörden, Naturschutzverbänden und Wasserversorgungsunternehmen mit diesen auch Einvernehmen hergestellt werden muss.

Die Bunderegierung sowie unsere Bundestagsabgeordneten fordern wir auf, bei der Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes sich klar gegen Tiefenbohrungen mit Frackingtechnologie auszusprechen, um nicht beherrschbare Gefahren für unsere Umwelt auszuschließen.

Die Reslution wurde am 10.06.2013 vom Gemeinderat einstimmig beschlossen.